

## Geschäftsbericht 2005

### **Aktives Netzwerk der städtischen Sozialpolitik**

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat ein sehr vielfältiges, arbeitsreiches Jahr hinter sich. Mit vereinten Kräften ist es den Städten gelungen, in einzelne Dossiers wie z.B. der Asyl-Gesetz-Revision, 5. IVG-Revision, Einführung der neuen SKOS-Richtlinien und Familienzulagen die Sichtweise der Städte in der Bundespolitik einzubringen und eine Lobbyfunktion wahrzunehmen. Die Städteinitiative Sozialpolitik wird in der eidgenössischen Sozialpolitik wahrgenommen und gilt als kompetente, ernstzunehmende Ansprechpartnerin. Diese Position hat sich die Städteinitiative in den letzten Jahren zum einen durch einen konstanten, fachlich kompetenten Einsatz erarbeitet. Zum anderen darf positiv festgehalten werden, dass die Städteinitiative Sozialpolitik ein aktives, gut funktionierendes Netzwerk darstellt, welches von politisch verantwortlichen Exekutivmitgliedern, von leitenden Angestellten und weiteren Fachpersonen getragen wird. Dem vernetzten, vorausschauenden und engagierten Einsatz dieser Personen ist es zu verdanken, dass die beteiligten Städte – mit einem minimalen Aufwand an Geld und Struktur – dem Artikel 50 der Bundesverfassung Rechnung tragen können.

### **Sozialpolitik der Städte und Gemeinden im Gegenwind**

Die erfolgreiche Arbeit der Städteinitiative Sozialpolitik, die vernetzte Zusammenarbeit der Mitgliederstädte, der verschiedenen Verbände und der im Sozialbereich tätigen Fachpersonen können eine Tendenz nicht verbergen: Die aktuellen Spar- und Steuersenkungsdiskussionen und die anstehenden Reformen bei Werken der sozialen Sicherung (IV, ALV, Asyl-Gesetz) haben den Druck auf die Städte und deren Sozialpolitik erhöht. Es besteht die grosse Gefahr, dass in Einzelfällen Sozialwerke saniert und Reglemente angepasst werden, ohne die Auswirkungen auf die anderen Sozialwerke zu beachten. Am Schluss dieser Revisionskaskade steht die Sozialhilfe, welche per Gesetz zuständig ist für all jene Menschen, die in anderen Sozialwerken „keinen Platz mehr haben“. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich bei der Revision von Sozialwerken für eine ganzheitliche Betrachtungsweise ein. Die Auswirkungen auf andere Sozialwerke bedürfen einer Analyse und entsprechender flankierender Massnahmen.

### **Themen konkret**

Im Jahr 2005 hat sich die Städteinitiative Sozialpolitik mit folgenden Themen und Themenkreisen auseinandergesetzt:

#### **- Asyl-Gesetz-Revision**

Die (geplanten) Verschärfungen des Asyl-Gesetzes bringt für die Städte zusätzliche Problemstellungen. Nebst den finanziellen und sozialen Auswirkungen der geplanten Revision fürchtet die Städteinitiative Sozialpolitik um die humanitäre Tradition der Schweiz.

Präsidium  
Ruedi Meier  
Sozialdirektor, Luzern

Vice-Présidence  
Marianne Huguenin,  
Conseillère  
municipale, Sécurité  
sociale, Renens

**Geschäftsstelle**  
**Stadt Luzern**  
**Sozialdirektion**  
**Marcel Schuler**  
**Hirschengraben 17**  
**6002 Luzern**  
**T 041 208 81 32**  
**F 041 208 87 39**  
Staedteinitiative@  
stadtluzern.ch

**www.**  
**staedteinitiative.ch**

Secrétariat Suisse  
latine  
Initiative-villes@  
lausanne.ch

#### **- 5. IVG-Revision**

Die Städteinitiative Sozialpolitik wehrt sich dagegen, dass eine Sanierung der Invalidenversicherung im Rahmen der 5. IVG-Revision u.a. zu Lasten der städtischen Sozialhilfe erfolgt. Die Städteinitiative Sozialpolitik befürwortet die in der 5. IVG-Revision vorgesehenen Elemente der Prävention, der Früherkennung und der (Wieder-)Eingliederung. Sie fordert aber von der Bundespolitik ganzheitlichere und verbindlichere Ansätze in der Zusammenarbeit der verschiedenen Sozialwerke (Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Sozialhilfe). Dabei ist die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ-MAMAC) ein Schritt in die richtige Richtung, welchen die Städteinitiative Sozialpolitik aktiv unterstützt.

#### **- Einführung der neuen SKOS-Richtlinien**

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich engagiert für die Ausarbeitung und Einführung revidierter SKOS-Richtlinien. Mit dem den neuen Richtlinien zugrundeliegenden Anreiz-Modell wird die Basis geschaffen, Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler stärker zu integrieren. Die wirtschaftliche Entwicklung – trotz guter Konjunktur zu wenig Arbeitsplätze – führt jedoch dazu, dass das in den SKOS-Richtlinien propagierte Anreiz-Modell nur zögerlich Erfolge erzielen kann.

#### **- Familienzulagen**

In Zusammenarbeit mit der „Perspektive Familienpolitik“ setzte sich die Städteinitiative Sozialpolitik für eine Harmonisierung und eine einheitliche Höhe der Familienzulagen ein. Dies macht ein entschlossenes Engagement gegen das Referendum nötig.

#### **- Jugendarbeitslosigkeit**

Im Rahmen der Frühlingskonferenz 2005 hat eine ausführliche Analyse und Diskussion zum Thema stattgefunden. Die Städte wollen mit allen Mitteln erreichen, dass junge Menschen möglichst schnell Arbeit finden, integriert werden und aus eigenen Kräften für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Jugendarbeitslosigkeit darf nicht der Start für eine dauernde Abhängigkeit von Sozialleistungen werden.

#### **- Arbeitsintegration von Menschen aus der Sozialhilfe**

Für die Herbstkonferenz 2005 gelang es der Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und des Sozialbereichs „an den runden Tisch“ zu bringen, um gemeinsam die Frage der „Arbeitsintegration von Menschen aus der Sozialhilfe“ zu analysieren und gemeinsam Problemlösungen zu skizzieren. Dem Anlass war ein breites Interesse und ein allseits bestätigter Erfolg beschieden. Die Konferenz auf schweizerischer Ebene hat Mut gemacht, nun auch in den Regionen, im direkten Kontakt mit der Wirtschaft Arbeitsintegrationsmodelle zu entwickeln. Der Anlass hat aber auch klar aufgezeigt, dass die Arbeitsintegration zu einem wesentlichen Teil von der Konjunkturentwicklung abhängt. Zur Verbesserung der Situation, d.h.

eine verbesserte Arbeitsintegration, braucht es ein engeres Miteinander von „Wirtschaft“ und „Sozialhilfe“.

### **Mit minimalen Strukturen optimale Ergebnisse erzielen**

Ein Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik und deren 49 Mitgliedstädte war es, mit minimalen Strukturen und Ressourcen möglichst effizient an sozialpolitischen Themen bzw. an den SI-Anlässen zu arbeiten. Dies bedingte ein gutes Zusammenspiel der verschiedenen Beteiligten:

#### **- Büro Städteinitiative Sozialpolitik**

Die Städteinitiative Sozialpolitik wird geleitet durch Stadtrat Ruedi Meier, Sozialdirektor, Stadt Luzern (Präsident seit 2002) und Nationalrätin Marianne Huguenin, Gemeinderätin, Renens (Vize-Präsidentin seit 2005), Stadträtin Maja Ingold, Vorsteherin Departement Soziales, Winterthur (seit 2002) und Gemeinderätin Edith Olibet, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, Stadt Bern (seit 2005).

#### **- Geschäftsstellen in Lausanne und Luzern**

Die Administration und Koordination Städteinitiative Sozialpolitik wurde in der welschen Schweiz durch Philippe Meystre, Secrétaire général de la Direction de la Sécurité sociale et de l'environnement, Lausanne, und in der deutschen Schweiz durch Marcel Schuler, Stabschef, (bis März 2005 Beat Däppeler) und Nicole Bucher, Sekretariatsmitarbeiterin Sozialdirektion der Stadt Luzern wahrgenommen.

#### **- Arbeitsgruppe Leitende Angestellte**

Fachlich wurde die Städteinitiative Sozialpolitik durch Expertinnen und Experten aus den Mitgliedstädten unterstützt. Die Leitenden Angestellten stellten den direkten Kontakt zur sozialen Basisarbeit in den Städten sicher. Sie sind die „Seismographen“ für sozialpolitische Problemstellungen. Sie helfen mit, wenn es darum geht, Vernehmlassungen, Positionspapiere und Inhalte für die Frühlings- und Herbstkonferenz auszuarbeiten. Die Arbeitsgruppe Leitende Angestellte steht unter der Leitung von Dr. Michael Hohn, Abteilungsleiter Sozialamt der Stadt Bern.

#### **- Wissenschaftliche und fachliche Mitarbeit**

Für diverse Fragestellungen und Aufträge wurde die Städteinitiative Sozialpolitik durch externe Fachpersonen unterstützt, ganz wesentlich durch Dr. Frauke Sassnick Spohn, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Marietherese Schwegler, Kommunikationsfachfrau und Renate Salzgeber, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Kennzahlenbericht.

#### **- Arbeitsgruppen**

Zu einzelnen Themenschwerpunkten arbeiteten in der Städteinitiative Sozialpolitik spezialisierte Arbeitsgruppen:

**Arbeitsgruppe Kennzahlenbericht**, Erstellung und Interpretation des jährlichen Kennzahlenberichtes,

**Netzwerk Asyl**, Erarbeitung von asylpolitischen Stellungnahmen,  
**Arbeitsgruppe Frühlings- und Herbstkonferenz**, Vorbereitung der Frühlings- bzw. Herbstkonferenz.

**- Zusammenarbeit mit wichtigen politischen und sozialpolitischen Gremien**

Die Kernanliegen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik nur Dank dem Einsatz und/oder der guten Zusammenarbeit mit weiteren politischen und sozialpolitischen Organisationen erfolgreich auf Bundesebene vertreten.

Einsatz hat die Städteinitiative Sozialpolitik bei:

**Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK),**  
**Perspektive Familienpolitik,**  
**Diverse Projekt- und Arbeitsgruppen.**

Eine enge Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik mit dem:

**Schweizerischen Gemeindeverband**, Sigisbert Lutz, Generalsekretär,  
Maria Luisa Zuercher-Berther, wissenschaftliche Mitarbeiterin  
**Schweizerischen Städteverband**, Dr. Heinz Christen, Präsident, ab September: Dr. Marcel Guignard, Präsident, Dr. Urs Geissmann, Direktor,  
**Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe**, Dr. Walter Schmid, Präsident,  
und Ueli Tecklenburg, Geschäftsleiter

**Dank**

Die Städteinitiative Sozialpolitik hat im Jahr 2005 viel geleistet. Allen Personen, welche sich in irgend einer Form für ihre Anliegen eingesetzt haben, sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik

Ruedi Meier, Präsident

Philippe Meystre, Geschäftsleiter Romandie

Marcel Schuler, Geschäftsleiter Deutsche Schweiz

Luzern/Lausanne, 29.4.2006